

Berghändler, Lothar

Article — Digitized Version

Unsere Antwort [auf das Schreiben "Um eine deutsch-französische Zusammenarbeit" von Henri Ribot]

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Berghändler, Lothar (1949) : Unsere Antwort [auf das Schreiben "Um eine deutsch-französische Zusammenarbeit" von Henri Ribot], Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 29, Iss. 4, pp. 31-32

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/130929>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WIRTSCHAFTSDIENST

DIE REDAKTION

HAMBURG 36, den 15. August 1949
POSTSTRASSE 11

Sehr geehrter Herr Ribot!

Die ausführliche Darstellung in Ihrem Brief, über die lebhaften Bemühungen Frankreichs, eine deutsch-französische Zusammenarbeit anzubahnen, hat mich sehr interessiert, besonders gerade deshalb, weil sie so offen die Schwierigkeiten und Hindernisse aufweisen, die einem solchen Bemühen entgegenstehen. Wir haben wirklich allen Grund, unsere ganzen Kräfte dafür einzusetzen, Schwierigkeiten, soweit sie in uns zu suchen sind, zu beseitigen. Es erschüttert mich geradezu, aus den Obertönen Ihrer Darstellung Dissonanzen herauszuhören, die schon einmal nach dem ersten Weltkrieg an unser Ohr geklungen sind und die uns ein ewiges Mißverstehen unseres eigenen Wollens befürchten lassen, ein Mißverstehen, dem, wie es mir scheint, auch Sie sich nicht entziehen konnten.

Ganz abgesehen von den natürlichen Ergänzungsmöglichkeiten, die die beiden Wirtschaftsgebiete, das französische und das deutsche, in seltenem Maße aufweisen, und den verschiedenfältigen Anlagen, die ihre Bewohner zu einer Zusammenarbeit prädestinieren, leiden alle wirtschaftlichen Gebilde Europas unter dem gleichen Druck, der die wirtschaftliche Entwicklung hemmt und den Lebensstandard trotz aller Mühe und allen Fleißes nicht auf das Niveau kommen läßt, das diesen Anstrengungen entspräche: es ist der Druck der räumlichen Enge. Daß sich diese räumliche Enge nicht durch Eroberungen und durch Bevölkerungsdezimierungen in endlosen Kriegen überwinden läßt, sollte jedem Europäer heute klar sein. Diese Enge läßt sich nur überwinden durch die Verwischung aller wirtschaftlichen und politischen Grenzen, die einen Ausgleich der Reichtümer und Kräfte unterbinden. Insofern ist die Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses eine europäische Angelegenheit. Aber es scheint mir, daß es wiederum nur dann zu einer europäischen Angelegenheit werden kann, wenn die Grundlage für eine tragbare psychologische Atmosphäre des Verstehens zwischen beiden Nationen geschaffen worden ist. Eine Europaunion wird erst dann Realität und zu einem unausweichlichem Zwang, wenn die Verständigung unserer beiden Nachbarvölker Wirklichkeit geworden ist. Aus dieser Verständigung wird eine arbeitsfähige Europaunion erwachsen.

Es gilt Ressentiments wegzuräumen. Trotz der jüngsten Vergangenheit, die unsern moralischen Kredit gegenüber Frankreich schwer belastet, können wir sagen, daß diese Ressentiments auf beiden Seiten

vorhanden sind. Aber es würde der Verständigung wenig dienlich sein, die eingebildeten oder berechtigten Gründe für diese Ressentiments aus dem Schoß der Geschichte hervorzuholen und gegen einander abzuwägen. Am besten lassen sie sich damit entkräften, wenn wir feststellen, daß es trotz dieser offiziellen Ressentiments, die von den Politikern beider Länder in geeigneten Momenten stets aufgewärmt worden sind, in Deutschland eine sehr große Zahl Menschen gibt, die mit verehrungswürdiger Liebe an Frankreich hängen, die den französischen Esprit ebenso bewundern wie die Haltung des Franzosen in den kritischsten Augenblicken seiner bewegten Geschichte. Und ich glaube, daß es in Frankreich eine ebenso große Zahl von Menschen gibt, die die Tiefe des deutschen Denkens achten und die Mentalität des Deutschen, seine Zähigkeit und seinen Fleiß schätzen. So kann es nicht wahr sein, daß ein Volk, das mit so fanatischer Liebe und mit so großem Stolz an seiner Heimat hängt wie die Franzosen, den „deutschen Nationalismus in jeder Form verdammen“. Das wäre eine schwere Belastung, die alle Bemühungen, um eine Verständigung zwischen den beiden Völkern gefährden kann. Oder sollen wir unter dem Wort Nationalismus etwas Ähnliches wie die Bierehre des alten Korpsstudenten verstehen, der jedes mißverständene Wort mit Blut abspülen muß? Lassen wir das Wort Nationalismus beiseite. Ich glaube, daß der Franzose viel Verständnis für nationales Empfinden hat. Wir bedauern es sehr, wenn unsere Politiker selten Takt gezeigt haben. Was aber ist Takt im politischen Leben anderes als Achtung vor dem nationalen Empfinden des Partners? Anspruch auf taktvolle Begegnung hat auch der Unterlegene, und er ist in dieser Hinsicht empfindlicher als der Überlegene. Daß in diesem Sinne bei der Behandlung des deutschen Volkes Fehler gemacht worden sind, wird heute von allen Verständigen, und sogar in politischen Kreisen des Auslandes zugegeben.

Man soll keine Parallele in der Geschichte der Völker ziehen. Man kann aber hypothetisch die Frage stellen, ob nicht jeder Franzose auf das Tiefste verletzt wäre, wenn alle östlich von Paris liegenden Gebiete unter einer fremden Verwaltung ständen, und ob nicht jeder Franzose dann in seinem Glauben an einen gerechten Zusammenschluß aller europäischen Völker auf das Empfindlichste erschüttert würde. In der 2000jährigen Geschichte Europas haben die einzelnen Völker sich zu sehr in gegenseitiger Schuld verstrickt, als daß man heute noch Vergeltung üben dürfte. Wir

verstehen nur zu gut die Sehnsucht der Franzosen nach Sicherheit. Sehnen sich bei uns doch trotz aller parteipolitischen Reden viele Millionen nur danach, gesichert — d. h. ohne Not, ohne Bomben, ohne Angst vor Blutvergießen — zu leben! Aber die Geschichte hat doch gelehrt, daß die Sicherheit vor dem Nachbarn niemals dadurch erreicht wird, daß man ihm alle Lebensgrundlagen vernichtet, in der Hoffnung, daß ihm dann keine Kraft mehr bleibe, Waffen zu schmieden. Die Aussichtslosigkeit auf einen Sieg infolge mangelnder Bewaffnung hat noch nie eine kriegerische Auseinandersetzung verhindert, sie ist nur umso grauenvoller geworden. Das gemeinsame Streben nach Sicherheit und nach etwas Wohlstand kann den Anfang zu einem tragfähigen Verstehen bilden. Die Zukunft einer europäischen Union muß in Europa selbst liegen. Aus der Teilung zwischen einer öst-

lichen und einer westlichen Hemisphäre kann sie nicht erwachsen, denn der Teilstrich ginge mitten durch Europa.

Welche Aufgabe könne Frankreich zufallen, wenn es sich an seine traditionellen Freundschaften im östlichen Europa erinnerte! Und welche Stärke gewönne die Idee, wenn Frankreich durch eine Verständigung mit Deutschland, das auf dieser europafremden Trennlinie liegt, den ersten Schritt zur Realisierung der Europaunion ginge!

Seien Sie überzeugt, daß wir auch bittere Wahrheiten mit Empfänglichkeit in uns aufnehmen, aber lassen Sie uns alles beseitigen, was auf eine Wiederholung der früheren Mißverständnisse, die nur Unheil angerichtet haben, hindeutet. Ich würde mich freuen, bald wieder von Ihnen zu hören.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Lothar Berghändler
Chefredakteur

„Punkt Vier“

Amerikanische Kapitalhilfe zur Industrialisierung der zurückgebliebenen Gebiete

Dr. Ulrich Künzel, Kiel*)

Wir müssen ein kühnes neues Programm in Angriff nehmen, um unsere wissenschaftlichen und industriellen Fortschritte für die Förderung und den Aufbau der unentwickelten Gebiete nutzbar zu machen.“ So Präsident Truman in „Punkt Vier“ seiner Antrittsbotschaft vom 20. Juni 1949 über die Friedens- und Wohlfahrtspolitik der USA. Zur Durchführung dieses „kühnen Plans“ hat er vom Kongreß am 24. Juni 1949 eine erste Bewilligung von 45 Millionen \$ gefordert. Weder der verhältnismäßig lange Zeitraum von fünf Monaten, noch die Größe des Betrages machen der durch amerikanische Hilfsmilliarden verwöhnten Mitwelt einen kühnen Eindruck. In der Botschaft vom 24. Juni betont der Präsident die Übermittlung technisch-wissenschaftlicher und organisatorischer Kenntnisse (know-how), nicht die Hergabe von Kapital, wenn er auch zugibt, beides müsse zusammengehen. Es kennzeichnet die mangelnde Bestimmtheit der Diskussion in den USA, daß erst Anfang Juni in der amerikanischen Öffentlichkeit auf die nahezu 950 Mill. \$ unausgenutzte Kreditvollmacht der Export-Import-Bank hingewiesen wurde, die ohne weitere Kongreßverhandlung für „Punkt Vier“ verfügbar wären, wenn wirklich ein Plan, und gar ein kühner, bestünde.

WIDERSPRUCHSVOLLE AUSSENHANDELSPOLITIK

Der Grund für das Zögern und die Unklarheit über „Punkt Vier“ liegt in der nun fast 20 jährigen Abneigung der amerikanischen Kapitalbesitzer gegen jede Kapitalausfuhr. Sie können die Verluste nicht vergessen, die sie 1929 und in den Folgejahren an

ihren ausländischen Wertpapieren und Guthaben erlitten haben; dabei bestand vor 1929 keine Devisenbewirtschaftung oder Sozialisierungspolitik, wie sie heute schon technisch jeder amerikanischen Kapitalausfuhr entgegensteht. Der Grund für die internationale Durchsetzung der Devisenbewirtschaftung ist letzten Endes der Zusammenbruch der internationalen Arbeitsteilung. Dazu kommt die nationale Bewegung der früher imperialistisch kontrollierten Gebiete, die ausländisches Kapital zwangsweise repatriieren und ehemals ausländische Unternehmungen sozialisieren. Angesichts solchen Verhaltens denkt kein amerikanischer Kapitalbesitzer daran, ausländische Wertpapiere oder Guthaben zu erwerben, um so mehr als er sein Kapital daheim mit viel geringerem Risiko und viel größeren Gewinnchancen anlegen kann. Diese Nachteile der Kapitalausfuhr für den amerikanischen Investor sind so groß, daß sie auch durch Garantien der Bundesregierung nicht kompensiert werden können; sie durch solche Garantien überwinden zu wollen, heißt die Größenverhältnisse völlig verkennen.

Bis 1914 waren die USA Lebensmittel- und Rohstoffexporteure, Industriewaren- und Kapitaleinfuhrland. Als Kapitaleinfuhrland hatten sie eine berechnete aktive Handelsbilanz. Als großer kapitalistischer Binnenmarkt boten sie ihrer Industrie in höherem Maße als europäische Länder die Möglichkeit zur Massenproduktion mit niedrigen Stückkosten. Darin überflügelten sie ihre europäischen Konkurrenten schon vor 1914, aber erst im ersten Weltkrieg nutzten sie diesen Vorteil so entscheidend aus, daß sie zur industriellen Vormacht wurden. Die damals

*) Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel